

1. Im Feriencamp bauen die Jugendlichen ein eigenes Dorf aus Paletten und altem Holz. Sie machen alles selbst. Die Betreuer*innen schauen zu und helfen nur manchmal, wenn die Holzstämme zu groß sind. Nach Abschluss der Bauarbeiten beschließen die Jugendlichen, die letzten Tage im Dorf zu wohnen. Sie teilen auf, wer kocht, wer abwäscht und wer mit den Erwachsenen verhandelt, wenn etwas gebraucht wird.



2. Selbstverständlich können und dürfen sich Jugendliche bei der Sitzung des Gemeinderats zu Wort melden. Die Sitzung beginnt allerdings erst um 20 Uhr und es geht um Themen wie „infrastrukturelle Maßnahmen der Verkehrslenkung unter planerischen Gesichtspunkten der Fiskalpolitik des Landes“.

3. Die Schulzeitung ist auf Initiative der Schüler*innen entstanden. Was in die Zeitung reinkommt, entscheidet das Redaktionsteam. Die Schulleitung hat keinerlei Einfluss auf die Artikel. Den Schüler*innen werden Räume und ein kleines Budget für Druck und Layout zur Verfügung gestellt.

4. Kinder und Jugendliche sind zum Treffen „Für eine saubere Stadt“ eingeladen. Sie dürfen ihre Sichtweise der Dinge und ihre Ideen gerne unverbindlich mit einbringen. Schließlich geht es auch um Spielplätze, Jugendeinrichtungen und Schulen.

5. Die Eltern nehmen ihre beiden Kinder mit auf die „WIR HABEN ES SATT“ Demo. Sie halten die Agrarwende für sehr wichtig für den Klimaschutz. Ihren Töchtern drücken sie ein Plakat mit der Aufschrift „Bauernhöfe statt Tierfabriken“ in die Hand.

6. Während der Projektwoche erfahren die Schüler*innen viel über das Leben der Menschen in Nigeria, über die Armut dort und die schlimme Menschenrechtslage. Auf Vorschlag der Lehrerin schreiben sie einen Brief an eine Kinderschutzorganisation in der Hauptstadt Lagos. Vorher haben sie gemeinsam überlegt und abgestimmt, welche Unterstützung sie anbieten können und wer sich um was kümmern könnte.

7. Auf der Sitzung des Landesschüler*innenrats wird einstimmig beschlossen, die gesammelten Spendengelder für Rechtsberatung auszugeben. Damit verpflichten sich die Schüler*innen-Vertretungen der einzelnen Schulen, diejenigen Hilfestellungen bei Rechtsfragen zu geben, die durch die Teilnahme am Schulstreik Repressionen ausgesetzt sind.